

André Brie

**Die erneuerte deutsche Linke
wird europäisch oder nicht sein.
Ein soziales Europa oder kein Europa.
Das ist die Frage, das ist die Antwort.**

Thesen für die EU-Konferenz der GUE/NGL
und der Rosa-Luxemburg-Stiftung
am 10. und 11. März 2007

"Das 'europäische Sozialmodell' hat seine Zukunft noch vor sich. Die europäische Linke könnte es zu ihrem Markenzeichen machen, zu ihrem gemeinsamen Projekt, wenn sie es sich nur traute." Michael Krätke

1.

Im Folgenden werden vor allem zwei Überzeugungen vertreten. *Erstens*: Eine erneuerte deutsche Linke hat eine große politische Chance – aber nur dann, wenn sie eine Reihe von wichtigen Voraussetzungen erfüllt. Eine davon ist es, eine europäische Linke zu sein und die weitere europäische Integration und Einigung aktiv und konkret zu unterstützen. Die erneuerte deutsche Linke wird europäisch oder nicht sein. *Zweitens*: Es wird kein vereinigtes Europa geben, wenn es kein soziales Europa gibt. Die tiefe Krise der europäischen Integration ist vor allem auf die Abwesenheit dieser entscheidenden Orientierung zurückzuführen. Keine politische Kraft könnte daher gegenwärtig proeuropäischer sein als die Linke, wenn sie diese Herausforderung annähme und ... es sich nur traute.

Für die Linke in vielen Ländern der Europäischen Union, in Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland, aber auch in zahlreichen neuen Mitgliedsstaaten, ergibt sich die dringende Frage, ob sie die weitere Integration will, welche Integration sie will, welche Antworten sie für die gravierenden Herausforderungen hat. Ausgesprochen und unausgesprochen gibt es auch in der deutschen Linken antieuropäische Positionen, die teilweise mit ernst zu nehmenden Argumenten vertreten werden.

Ich teile die Kritik an der EU-europäischen Realität: an der Dominanz des Marktradikalismus für die gesamte Entwicklungsrichtung der EU (die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza, der Verfassungsvertrag, die Dienstleistungsrichtlinie, um nur einige wichtige Erscheinungen zu nennen); an der Abschottung gegenüber dem Süden der Erde; an der Einschränkung von Bürger- und Menschenrechten; an dem akuten Demokratiedefizit; an den machtpolitischen und militärischen Ambitionen in den internationalen Beziehungen und der äußerst unterentwickelten Bereitschaft, die europäischen Außenpolitiken auf die Stärkung der UNO, des Völkerrechts und Multilateralismus sowie auf eine ursachenorientierte und wirkungsvolle zivile Konfliktprävention auszurichten.

Widerstand der Linken gegen diese Politik ist dringend erforderlich und muss deutlich stärker, öffentlich wirksamer und nachhaltiger werden. Das muss allerdings nicht nur auf den Verfassungsvertrag, sondern in gleicher Weise auch auf den geltenden Vertrag von Nizza zutreffen, der alles andere als eine positive Alternative ist, zumal er für weitere Beitritte von Ländern zur Europäischen Union, wie sie von großen Teilen der europäischen Linken unterstützt werden, keinen rechtlichen Rahmen mehr bietet.

Nach meiner Überzeugung sind die inzwischen nicht mehr unwahrscheinliche Desintegration und Renationalisierung und eine klammheimliche Freude eines Teils der Linken am Scheitern der Europäischen Union keine verantwortungsvolle Alternativen. *Erstens* wird die von diesen politischen Kräften bevorzugte Definition der EU als einem imperialistischen Machtblock nicht der differenzierteren Realität der EU, den positiven historischen Seiten der

bisherigen Integration sowie den sozialen, demokratischen und ökologischen Möglichkeiten der europäischen Integration gerecht, die allerdings gegenwärtig brachliegen. Sie wären das eigentliche Feld linken Nachdenkens und linker Kämpfe. *Zweitens* stünde am Ende der Desintegration ebenfalls eine neoliberale und sozial zerstörerische europaweite Freihandelszone, die aber anders als die EU nicht nur schwierige und unzureichende, sondern gar keine demokratischen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten erlaubte. *Drittens* würden die Möglichkeiten, die europäische Integration für eine strukturelle Kriegsunfähigkeit und die Überwindung des zerstörerischen europäischen Nationalismus zu nutzen, wenigstens auf dem europäischen Kontinent gefährdet werden.

Die drei oben gemachten Einschätzungen gelten nach meiner Überzeugung uneingeschränkt für die Linke in Deutschland und einigen anderen europäischen Ländern. Sie darf allerdings nicht schematisch auf die Linke aller europäischen Staaten übertragen werden, die, wie beispielsweise in Dänemark, Schweden oder Norwegen andere Bedingungen vorfinden und um soziale Standards kämpfen, die deutlich über denen in vielen anderen EU-Staaten liegen. Allerdings müssen auch sie prüfen, ob das „skandinavische“ Modell eine Desintegration der EU überleben könnte.

2.

Die europäische Integration hatte eine epochale historische Leistung erbracht: Sie hat nach Jahrzehnten entsetzlicher kapitalistischer Kriege den Frieden zwischen den beteiligten Staaten gesichert. Dies war ein entscheidendes Element ihrer Akzeptanz in den Völkern und ist eine bleibende Aufgabe für die Einbeziehung weiterer Staaten, um insbesondere die brennenden Konflikte auf dem westlichen Balkan auszuzehren und durch die positive Perspektive intensiver europäischer Zusammenarbeit und Integration zu lösen.

Über Jahrzehnte hat die Integration darüber hinaus zu Wohlfahrt, wirtschaftlichem Wachstum und gestärkter Binnennachfrage beigetragen. Sie hat zudem die menschlichen und kulturellen Kontakte und Begegnungen auf einem Großteil des Kontinents wesentlich gefördert. Trotz ihrer gravierenden Defizite und wiederholten Krisen ist die europäische Integration daher für die Linke ein positiver Bezugspunkt ihrer Politik. Die berechtigte Kritik an der aktuellen Ausrichtung der europäischen Integration und Politik muss daher eine europafeindliche Haltung prinzipiell ausschließen. Das umso mehr, als die fortgesetzte europäische Integration die unerlässliche Chance bietet, die nationalstaatlichen Kämpfe um die Überwindung der neoliberalen Ideologie und ihrer fundamentalen Durchsetzung europäisch zu ergänzen sowie zeitgemäß zu erweitern.

Die Nationalstaaten bleiben ein wesentlicher politischer Raum für die erforderlichen demokratischen und sozialen Veränderungen. Unter den heutigen Bedingungen ist er allein jedoch nicht hinreichend. So wie im 19. Jahrhundert

die nationalen politischen Institutionen von der Arbeiterbewegung und anderen politischen und sozialen Kräften zum Kampffeld für die Fesselung des Manchester-Kapitalismus und darüber hinaus weisender Alternativen gemacht wurden, muss und kann die Linke neben den nationalstaatlichen Möglichkeiten heute den europäischen Rahmen nutzen.

Zwar werden gegenwärtig vierzig oder sogar fünfzig Prozent der Bruttozialprodukte von EU-Mitgliedsländern über den internationalen Handel realisiert, davon jedoch oft, wie zum Beispiel im deutschen Fall, zu vier Fünfteln innerhalb der EU. Die EU ist ein riesiger und durchaus binnenmarktfähiger Wirtschaftsraum, der als politischer Raum genutzt werden könnte, die Rückkehr des Laissez-faire-Kapitalismus über die neoliberale Globalisierung abzuwehren, die verschiedenen europäischen Sozialstaatsmodelle zu erhalten sowie europäisch zu ergänzen und weiterzuentwickeln. Die herrschende Politik jedoch nutzt die europäische Integration nicht für Alternativen zur wirtschaftsliberalen Globalisierung, sondern als deren Vehikel und Beschleuniger. Ihr muss die Linke eine eigene europäische Politik gegenüberstellen, anstatt sich einseitig auf die nationalstaatliche Ebene zurückzuziehen. Beide Felder der Auseinandersetzung, die der Nationalstaaten und die der EU, sollten durch die Linke besetzt werden.

3.

Eine dem Frieden verpflichtete Europäische Union, eine politische Union, die ein Platz für den europäischen Kampf der Linken für soziale, demokratische und ökologische Alternativen ist, und ein offenes Europa menschlichen und kulturellen Reichtums sind die drei strategischen Möglichkeiten und Herausforderungen einer offensiv proeuropäischen Politik der Linken. Die Europäische Linkspartei hat sich dazu in ihrem Gründungsmanifest ausdrücklich bekannt: „Für uns ist Europa in der internationalen Politik ein Raum für das Wiedererstehen des Kampfes um eine andere Gesellschaft. Ihre Ziele sind Frieden und die Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse. Wir streben eine Gesellschaft an, die über die kapitalistische, patriarchale Logik hinausgeht. Unsere Ziele sind Emanzipation des Menschen, Befreiung der Frauen und Männer von Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung in jeglicher Form ... Aus diesem Grunde werden die Europäische Union und darüber hinaus der ganze europäische Kontinent – neben der traditionellen politischen Ebene der Nationalstaaten, Regionen, Gemeinden und nicht abgeschottet von der internationalen Entwicklung – zunehmend zu einem wichtigen Raum für alternative Politik.“¹

Noch gibt es für eine solche Politik mehr oder minder starke Anknüpfungspunkte. Trotz der bereits vollzogenen Zerstörung von bedeutungsvollen sozialen und demokratischen Errungenschaften in Deutschland, Österreich,

¹ Programm der Partei der Europäischen Linken, 9. Mai 2004 (<http://www.european-left.org/about/introduction/extendeddocument.2005-06-30.0350004084>).

Frankreich und anderen Ländern hat der einflussreiche US-Ökonom Jeremy Rifkin im Grunde recht, wenn er auf die Journalistenfrage "Wie soll der 'europäische Traum' bezahlt werden? Europa orientiert sich ja am US-Wirtschaftsmodell - etwa bei den Lissabon-Zielen", antwortet: "Das ist ein Fehler. In Europa höre ich immer wieder: Eine starke Wirtschaft und der Sozialstaat stehen im Widerspruch zueinander. In Statistiken über wachstumsorientierte Wirtschaften führen aber stets die nordeuropäischen Länder. Ihr Geheimnis? Sie haben ihren Sozialstaat reformiert ..." Noch etwas ist in Rifkins Vergleich zwischen den USA und Europa bedenkenswert: "Ihr diskutiert über Rechte, die wir nicht einmal kennen: Pensionen, Mutterschutz etwa. Menschenrechte und Nachhaltigkeit spielen in politischen Diskursen eine tragende Rolle. Der europäische Traum beruht auf Kooperation. Deshalb passt er auch in die globalisierte Welt - im Gegensatz zum individualistischen amerikanischen Traum."²

Man wird Rifkin entgegenhalten, dass die europäische Realität so leider nicht ist, nicht die Realität der europäischen Politik, auch kaum die Realität der vorherrschenden europäischen Diskurse. Das trifft zu, ändert aber nichts daran, dass die Linke in einer sozialen und demokratischen Änderung der europäischen Diskurse und Realitäten einen nachhaltigeren Platz als im alleinigen Widerstand finden könnte. In der erwähnten europäischen Umfrage zeigt sich, dass es dafür durchaus auch eine - wenngleich noch recht abstrakte - Grundlage in den Bevölkerungen gibt. Als besonders zentrale Herausforderungen für die europäische Integration in den kommenden Jahren werden angesehen: Erstens die Modernisierung und Demokratisierung der Gemeinschaft, ihrer Institutionen und Mechanismen und damit im Zusammenhang der Verfassungsprozess; zweitens der Umgang mit Bewerbern um eine EU-Mitgliedschaft sowie Möglichkeiten und Grenzen der Erweiterung und drittens die soziale Dimension Europas, was solche Aspekte wie Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut oder auch die Überwindung der „Lissabon-Strategie“ einschließt.

4.

Die aktuelle Krise der europäischen Integration und Einigung ist ernster und tiefer als die ihrer zahlreichen Vorgängerinnen. Sie trägt einen strukturellen Charakter. Desintegration, Renationalisierung, die Rückentwicklung zu einer bloßen europäischen Freihandelszone sind trotz der weit fortgeschrittenen supranationalen Momente des bisherigen Integrationsprozesses keine Unmöglichkeit mehr. Im Gegenteil: Das vorherrschende Weiter-So wird mit beträchtlicher Wahrscheinlichkeit und Zwangsläufigkeit eben dazu führen. Der tschechische Präsident Vaclav Klaus, einer der prominentesten konservativ-liberalen Kritiker der EU, hat dieser Möglichkeit als einem wünschenswerten Ziel deutlichen Ausdruck gegeben: "Ich bin überzeugt, dass es das Gebot

² "Die Presse", Wien, 20. Juli 2006.

der Stunde ist, die Zukunft der europäischen Integration auf eine grundlegend andere Art und Weise zu entwerfen, als dies bisher getan wurde. Wir sollten die Organisation Europäischer Staaten (OES) gründen, deren Mitglieder die einzelnen Staaten sind - nicht die Bürger dieser Staaten direkt, wie es in der europäischen Verfassung vorgeschlagen wird ... Die Mitgliedschaft in der OES darf ... nur durch einen gemeinsamen Glauben an die Fähigkeit der Mitgliedstaaten (motiviert sein), in einigen Bereichen zusammenzuarbeiten, dies in gemeinsamem Interesse und zum gegenseitigen Vorteil. Der Mechanismus der Entscheidungsfindung muss einstimmig sein, zumindest in allen wichtigen Bereichen."³

5.

Die europäische Integration wird aus drei unterschiedlichen, aber miteinander verknüpften Richtungen bedroht:

Zum einen vom fortlebenden und wieder erstarkenden Nationalismus, der insbesondere die aktuellen Europapolitiken Großbritanniens und Polens, aber trotz verbaler Abgrenzung auch das Konzept Vaclav Klaus' bestimmt. Im Nizza-Vertrag von 2000 hat diese Politik einen regierungsoffiziellen Erfolg feiern können. Eines der vor allem von rechtsnationalen Kräften offen erklärten Instrumente ist im Übrigen eine prinzipien- und voraussetzungslose geografische Erweiterung der Europäischen Union mit dem Ziel, den inneren Zusammenhalt der EU zu lockern sowie den politischen und supranationalen Charakter der Integration zu blockieren.

Zum anderen haben die Regierungen in den geltenden Verträgen ebenso wie im gescheiterten Verfassungsvertrag den realen Widerspruch und die erforderliche Einheit von geografischer Erweiterung und Vertiefung der Integration so sträflich unzureichend beantwortet, dass die Erweiterung bereits zur realen Bedrohung für den Bestand, erst recht für die Vertiefung der Integration geworden ist. Das darf kein Argument gegen weitere Beitritte von Ländern sein, die es wünschen, zumal Stabilität und Frieden auf dem westlichen Balkan ohne eine solche Perspektive kaum denkbar scheinen. Es ist kontraproduktiv und unnützlich, die Frage nach den geografischen Grenzen der Europäischen Union zu stellen oder weitere Beitritte zu stoppen, es muss endlich die Frage nach der politischen "Finalität" der europäischen Integration und deren inhaltlichen, vertraglichen und institutionellen Konsequenzen beantwortet werden (auch wenn diese Finalität in einer ferneren Zukunft sich neu darstellen könnte). Das gilt auch und besonders für die Linke. Nur auf diesem Wege werden auch die geografischen Grenzen sichtbar und können von den betroffenen Völkern und Staaten selbst bestimmt werden.

Schließlich, und das ist die tatsächlich machtvollste Bedrohung, ist es der seit den achtziger Jahren (Einheitliche Europäische Akte 1987, Vertrag von

³ Vaclav Klaus: Es ist Zeit, der EU eine solidere Grundlage zu geben; NZZ, 30. August 2005, S. 19.

Maastricht 1992) zur Vertragsgrundlage avancierte neoliberale Markt- und Wettbewerbsradikalismus, der die europäische Integration in ihrer Grundsubstanz gefährdet. Obwohl die Regierungen diesen Vertrag zum Schritt vertiefter Integration erklärten und dies zum Teil auch beabsichtigten, stellt er im Zuge seiner Durchsetzung und Weiterführung bis hin zur Lissabon-Strategie von 2000 und dem Verfassungsvertrag in Wirklichkeit die europäische Einigung in Frage. Die Linke lehnt ihn zu Recht als Angriff auf das europäische Sozialmodell (die unterschiedlichen europäischen Sozialmodelle) ab; sie hätte mindestens genauso auch Grund, ihn als Bedrohung der europäischen Integration abzulehnen.

6.

Das in der Lissabonstrategie konzipierte und in den Verträgen begründete Wettbewerbseuropa bedeutet nicht nur die Zerschlagung sozialer Bindungen in den Gesellschaften, sondern auch ein Europa der "Standort"-Konkurrenz zwischen den Staaten um die profitabelsten Kapitalverwertungsbedingungen durch niedrige Unternehmenssteuern, Löhne, Sozial- und Umweltstandards und den Abbau demokratischer Partizipation. In seinem Kern führt es die europäischen Gesellschaften nicht zusammen, sondern unweigerlich in einen Kapitalkostenwettbewerb gegeneinander. Die damit einhergehende und auch nationalstaatlich sowie von den Unternehmerverbänden vorangetriebene soziale Spaltung, Ausgrenzung und Deklassierung von Millionen Menschen innerhalb der europäischen Staaten wird von der Linken zu Recht skandalisiert, die europäische Seite jedoch vernachlässigt.

War das wirtschaftliche Gefälle in der EU 15 (gemessen am Kaufkraftstandard) zwischen den am höchsten (etwa Inner-London) und den am niedrigsten entwickelten Regionen (zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern) 2 zu 1, so hat es sich bereits in der EU 25 auf 10 zu 1 verschärft (Inner-London bzw. Lubelskie in Polen). Einige Regionen in Bulgarien und Rumänien liegen noch darunter.⁴ Auch die wirtschaftliche Kluft zwischen den Staaten (BSP je Einwohner) ist ähnlich hoch. Nimmt man einmal Luxemburg aus, dessen Pro-Kopf-BSP um mehr als das Doppelte über dem EU-Durchschnitt liegt, so bleibt zwischen den wirtschaftlich stärksten Staaten (in dieser Reihenfolge: Irland, Dänemark, Österreich, Niederlande, Belgien, Schweden, Großbritannien, Finnland, Frankreich und Deutschland) und den wirtschaftlich schwächsten Ländern (Lettland, Rumänien, Bulgarien) ebenfalls ein Gefälle von 5 zu 1.

Die europäische Kohäsionspolitik ist zwar dem Ziel verpflichtet, diese Unterschiede zu verringern, doch angesichts der wettbewerbsradikalen Lissabonstrategie, des unzureichenden Finanzrahmens der EU und ähnlicher neolibe-

⁴ Steffen Mau: Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union; Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/2004; Gerhard Gnauck: Schön, abgelegen, arm; Die Welt, 15. Februar 2005.

raler nationaler Politiken musste der damalige EU-Kommissar Michel Barnier im dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU eingestehen, dass sich "die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößern" wird.⁵ Vor allem die regionale Polarisierung nimmt weiter zu. Die primäre Antwort der EU-Kommission und der Mitgliedsländer ist der Wettbewerb zwischen den Staaten, der Wettbewerb um niedrige Unternehmenssteuern (Zypern: 9,7 Prozent; Litauen: 12,8 Prozent, Lettland: 14,4 Prozent; zum Vergleich: Der EU-Durchschnitt beträgt 23,7 Prozent), der Wettbewerb um niedrige Löhne (gesetzlicher Mindestlohn in Lettland: 116 Euro; Bulgarien: 77 Euro; Rumänien: 72 Euro), der Wettbewerb um andere niedrige Kosten für die Unternehmen. Auf diese Weise wird *zum einen* Europa nicht geeint, sondern wirtschaftlich, steuerpolitisch und insbesondere sozial gegeneinander getrieben, *zum anderen* Motor für den Sozialabbau innerhalb der Mitgliedsländer: "Die gnadenlose Standortkonkurrenz führt in den am weitesten entwickelten Volkswirtschaften zu einem massiven Druck auf die Löhne, Sozialstandards, aber auch Steuersysteme. Zugleich verhindert die permanente Drohung von Standortverlagerung wie auch die in Mittel- und Osteuropa vorhandene Massenarbeitslosigkeit, dass diese Länder ein höheres sozialstaatliches Niveau erreichen."⁶

7.

Will die Linke der Zerstörung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit in den Nationalstaaten wirkungsvoll entgegentreten, so muss sie zugleich für soziale Kohäsion und Solidarität in der EU eintreten, für eine europäische Binnenmarktpolitik, für die Reform des Maastrichter Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die Novellierung des EZB-Statuts und die Veränderung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, für einen entscheidenden europäischen Beitrag zur Reregulierung des Weltfinanzsystems sowie für europäische Standards bei Unternehmenssteuern, Löhnen, Sozialleistungen, gewerkschaftlichen Rechten. Die Vorstellungen des früheren Kommissionspräsidenten Jacques Delors über eine europäische Wirtschaftsregierung und Sozialunion müssen in die gesellschaftliche Debatte zurückgeholt werden.

Der Streit für eine soziale Alternative ist mit dem für ein vereintes Europa in dieser Hinsicht untrennbar miteinander verknüpft. Die tiefe Krise der europäischen Integration ist zugleich die Chance ihrer grundlegenden Erneuerung. Letzten Endes ist die weitere europäische Integration nur noch denkbar, wenn sie zu einer Beschäftigungs- und Sozialunion geführt wird. Den Binnenmarkt könne man nicht lieben, meinte Jacques Delors, Europa als Sozi-

⁵ Europäische Kommission, Eine Partnerschaft für die Kohäsion. Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Luxemburg 2004.

⁶ Michael Sommer, DGB-Vorsitzender: Ein europäischer Sozialvertrag für das 21. Jahrhundert. Sechs Thesen, Berlin, 7. April 2005.

alunion jedoch wäre das Projekt, das die Bürgerinnen und Bürger für die europäische Integration zurückgewinnen könnte. Konkreteste und praktische Anstrengungen, den vorherrschenden Neoliberalismus auch im Einzelnen zu begrenzen, zurückzudrängen und zu überwinden, gehören ebenso dazu wie die grundsätzlichen Alternativen europäischer Politik und Integration, ihre vertraglichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen eingeschlossen.

Wer das will, kann sich jedoch nicht mit linker "Konzeptemacherei" (Rosa Luxemburg) und – notwendigen – Visionen begnügen, sondern muss zum langfristigen erfolgreichen intellektuellen, politisch-praktischen und organisatorischen Ringen, zu Politik (als Bohren dicker Bretter mit Augenmaß und Leidenschaft) für ein neues geistiges und politisches Klima in Europa, einen anti-wirtschaftsliberalen, einen europäischen Sozialstaatskonsens bereit und fähig sein, zum Ziel ebenso wie zum leider mühseligen Weg. Dazu gehört auch, dass gerade eine europäische Verfassung nicht auf Maximalforderungen begründet werden kann, sondern eines europäischen historischen Kompromisses bedarf.

8.

Das französische und holländische Nein zum Verfassungsvertrag der Europäischen Union hat die Krise der europäischen Integration nicht ausgelöst, sondern endgültig kenntlich gemacht. Nach "Eurobarometer" liegt die Unterstützung einer EU-Mitgliedschaft in den Bevölkerungen nur noch bei 55 Prozent. Die Abstinenz bei den Europawahlen, das Desinteresse, die Vorbehalte und die Unkenntnis sind groß, nationalistische Einstellungen nehmen in den meisten EU-Ländern zu. Die politischen und sozialen Konsequenzen der Erweiterung von 2004 sind nicht bewältigt. Die Lissabon-Strategie, die aus der EU bis 2010 die "dynamischste" Wirtschaftsregion der Welt machen sollte, ist in dieser Hinsicht gescheitert und wird dagegen vor allem als wirksames Vehikel zur Zerstörung der europäischen Sozialstaatsmodelle genutzt. Die "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" wird in jedem Dokument und jeder Rede feierlich beschworen und in wirkungsvolle Schritte zur Militarisierung der internationalen Politik der EU umgesetzt, von der Bereitschaft und Fähigkeit zu einer gemeinsamen Außenpolitik sind die Regierungen jedoch in fast allen entscheidenden Fragen weit entfernt.

Der Europäischen Union ist die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Entwicklung, Politik und Perspektive abhandengekommen. Die europäische Integration als ein Friedensprojekt bleibt ein unaufgebbares und aktuelles Element ihrer Wiedergewinnung. Aber nur das Ziel einer europäischen Sozialunion könnte eine grundlegende und nachhaltige Neuentifizierung bewirken. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat in seinem von der Öffentlichkeit und auch von der Linken ignorierten Diskussionsbeitrag vom 25. November 2006 "Das Europäische Sozialmodell - Richtschnur für Reformen" nachdrücklich gefordert: "Die Europäische Union braucht eine kräftige Bestätigung ihrer sozialen Dimension, um das Vertrauen der Men-

schen in den Sinn und die Leistungsfähigkeit sowie insbesondere auch in die soziale Schutzfunktion, die ihr - unabhängig von der Kompetenzfrage - zugesprochen wird, zurückzugewinnen. Hierzu gehört auch, dass die Europäische Union ... ökologischen Fragen einen hohen Stellenwert einräumt. Nur so lässt sich die politische Union auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung vollenden."⁷ Die Linke kann über diese Forderungen mit konkreter Kompetenz hinausgehen. Dahinter zurückbleiben kann sie nicht.

9.

Die Ablehnung des vorliegenden Verfassungsvertrages durch die Linke ist meiner Meinung nach berechtigt und gut begründet. Für mich ist aber auch unbestreitbar, dass die Europäische Union eine Verfassung braucht, ein "Grundgesetz", das in der Tradition der amerikanischen Konstitution von 1787 – der ältesten noch gültigen schriftlichen Verfassung der Welt – und der Verfassung der Französischen Revolution steht. Es sind tatsächlich weitreichende Souveränitäts- und andere Rechte an die EU abgegeben worden, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger einklagbare individuelle Rechte gegenüber den EU-Institutionen und wirkungsvolle demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten erhielten. Eine Reform der Regierungsverträge reicht daher nicht aus.

Die Europäische Union muss sich tatsächlich, wie im Verfassungsvertrag behauptet, aber nicht realisiert, vom Willen und von den Rechten der Bürgerinnen und Bürger herleiten. Achtzig Prozent der Entscheidungen des Deutschen Bundestages und sechzig Prozent der Entscheidungen in deutschen Gemeinderäten beruhen auf Brüsseler Verträgen und Richtlinien oder werden entscheidend von ihnen beeinflusst. Ohne Verfassung drohen Europa Desintegration und anarchische Renationalisierung. Es darf aber nicht allein darum gehen, die Schwächen des Nizza-Vertrags auszumerzen.

Eine europäische Verfassung muss die Rechte der Bürgerinnen und Bürger ebenso sichern wie eine durchgreifende Demokratisierung der EU gewährleisten. Sie muss die Grundlage bilden, auf der Europa eine friedlichere, sozialere und umweltgerechtere Weltpolitik unterstützen kann. Die Vielfalt der Nationen und Kulturen, der politischen Erfahrungen und religiösen Anschauungen, nicht zuletzt auch der Verfassungstraditionen selbst müssen sich in einer europäischen Verfassung widerspiegeln. Und sie muss der Integration eine nachhaltige, erneuerte Identität und Faszination verleihen und dazu beitragen, die wachsende Kluft zwischen "europäischen Bürgern" und europäischer Politik zu überwinden. Dazu wäre im Übrigen auch nur ein wesentlich kürzerer, sprachlich verständlicher und vom Ballast verfassungsfremder (und in demokratischer Hinsicht verfassungsfeindlicher) Elemente befreiter Verfassungsvertrag geeignet.

⁷ [http://www.zdk.de/erklaerungen/erklaerung.php?id=157&page=.](http://www.zdk.de/erklaerungen/erklaerung.php?id=157&page=)

Für die Festlegung der EU auf eine Wirtschaftsordnung ("offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" im Teil III), die Aufrüstungsverpflichtung der Staaten, "ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (Teil I), die Beschränkung der Geldpolitik allein auf Preisstabilität (Teil III) oder die Aufnahme des Maastrichter Monetarismus in die Protokolle des Verfassungsvertrages findet sich in keiner demokratischen Verfassung auf der Welt ein Pendant. Sie sind unvereinbar mit allen geltenden geschriebenen und ungeschriebenen Verfassungsordnungen der Mitgliedsländer, stehen im krassen Widerspruch zu den im Artikel I-3 und in der Grundrechtecharta formulierten Zielen der EU und verstoßen eindeutig gegen das in Artikel I-10 formulierte aktive und passive demokratische Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger, weil sie unabhängig vom Wählerwillen die Politik einseitig wirtschaftsliberal, monetaristisch und militärisch festlegen.

Die linke Kritik besteht daher nicht im Beharren auf einer "linken", sondern auch auf einer demokratischen Verfassung. Die Teile I und II (Grundrechtecharta) des Verfassungsvertrages bieten bei allen Schwächen, um deren Beseitigung zu kämpfen wäre, die Grundsubstanz einer möglichen und notwendigen europäischen Verfassung, wie es am 21. Januar 2007 auch von der Linken und Demokratischen Koalition Polens vorgeschlagen worden ist: "The current text of the Constitutional Treaty should be simplified and shortened. It should contain its most important parts (1st and 2nd), which embody the Union's aims, competences and their exercise, institutions, rules for accession, and the Charter of Fundamental Rights."⁸ Alle anderen Fragen können politisch und rechtlich in Regierungsverträgen geregelt werden.

10.

Für die Perspektive der europäischen Integration und aus linker Sicht bleibt die soziale Verpflichtung der Europäischen Union jedoch ein Schlüsselproblem. Die hierzu in den "Zielen der Union" (Artikel I-3) formulierten Grundsätze sind unzureichend, auch wenn sich die Union ausdrücklich verpflichtet: "Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten."⁹

Es ist vor allem die Orientierung auf "eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft", die das soziale Defizit der Union offenbart, auch

⁸ The Left and Democrats coalition (LiD) - Statement on the EU Constitutional Treaty. Warsaw, January 21, 2007 (<http://www.sylvia-yvonne-kaufmann.de/eu-verfassung/verfassungsdebatte/200702010900.html>).

⁹ http://europa.eu.int/constitution/index_de.htm.

wenn sich der Begriff der "sozialen Marktwirtschaft" erstmalig in einem Vertrag der Europäischen Union findet. Abgesehen von seiner grundlegenden Aufweichung durch den zitierten Zusatz ist die soziale Marktwirtschaft für die erforderliche Entwicklung der Europäischen Union zu einer Beschäftigungs- und Sozialunion völlig unzureichend. Sie wäre allerdings ohnehin eher eine politische, nicht eine verfassungsrechtliche Entscheidung.

Eine Politik der wirklichen Überwindung des sozialen Defizits der Europäischen Union ginge weit über die Vorstellungen einer sozialen Orientierung und politischen Korrektur des Marktes hinaus und würde die grundlegende Abkehr von der Lissabon-Strategie und eine sozialstaatliche Politik der Europäischen Union, mindestens im Sinne der früheren Vorschläge Jacques Delors', bedeuten. Offiziell betont die Lissabonner Strategie die Verbindung von Wachstum und Beschäftigung mit dem sozialen Zusammenhalt.

Die geforderten und gegenwärtig in der gesamten EU umgesetzten „Sozialreformen“ zielen jedoch darauf ab, den Sozialstaat nach dem Prinzip der „individuellen Eigenverantwortung“ umzugestalten. Das heißt beispielsweise in der Alterssicherung die Beschränkung der öffentlichen Rentensysteme auf eine alles andere als armutsfeste Basissicherung, zumal die prioritäre Orientierung auf kapitalgedeckte private und betriebliche Altersvorsorge vor allem der Schaffung eines europäischen Finanzmarktes dienen soll. Im Gesundheitswesen wird auf die Versorgung lediglich mit „medizinisch notwendigen“ Pflichtleistungen sowie auf erhöhte Zuzahlungen orientiert. Obwohl noch auf dem Frühjahrsgipfel 2006 die Lissabon-Strategie bekräftigt wurde, sind die beschäftigungspolitischen Ziele in der Realität weitgehend aufgegeben worden.

Insgesamt ist bei den „Reformen“ im Sozialbereich keine Umstellung auf dauerhaft tragfähige Systeme erkennbar, sondern der europaweite Rückzug des Staates aus der kollektiven Fürsorge. Was viele nationale Regierungen in dieser Offenheit nicht wagen – auf europäischer Ebene wurde im Kern das US-amerikanische Sozialsystem zum Leitbild und mit dem Vehikel der EU-Politik auch in die Nationalstaaten durchgedrückt: Denunzierung des Sozialstaats als Wirtschafts- und Wettbewerbshindernis, Privatisierung und Kapitalmarktorientierung der sozialen Vorsorge, Deregulierung der Arbeitsmärkte. In einem entscheidenden Punkt jedoch unterscheidet man sich von den USA: Während Washington seine Finanz- und Wirtschaftspolitik am eigenen Binnenmarkt orientiert, setzen die EU-Kommission und die europäischen Regierungen auf den globalisierten und marktliberalen Weltmarkt und den Kostenwettbewerb der Mitgliedsländer gegeneinander statt auf die Nutzung und Entwicklung des großen europäischen Binnenmarktes, der europäischen Binnenmarktnachfrage und einer gemeinsamen solidarischen Wirtschafts-, Sozial- und Kohäsionspolitik.

11.

Das bisherige europäische Sozialmodell mit seinen sehr unterschiedlichen nationalen Ausprägungen¹⁰ muss eine wahrhaft europäische Ergänzung erhalten und zu einer europäischen Sozialstaatspolitik weiterentwickelt werden. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat in durchaus mahnender Sicht auf die aktuelle Politik das europäische Sozialmodell als eines beschrieben, dem "ein Menschenbild zugrunde (liegt), das allen Menschen die gleiche Würde und die gleichen unveräußerlichen Rechte zuerkennt. Der Einzelne in seiner personalen Würde ist Ziel und Träger der gesellschaftlichen Prozesse. Die Freiheits- und Bürgerrechte, die aus diesem Menschenbild folgen, bedürfen notwendigerweise der Ergänzung durch Sozialrechte, denn Freiheit besteht nur dort, wo sie tatsächlich in Anspruch genommen werden kann. Sozialrechte sollen dies ermöglichen. Ihrer inneren Logik nach zielen sie auf Teilhabe aller am politischen und gesellschaftlichen Leben."¹¹

Die sozialpolitische Realität in den europäischen Staaten und in der Union ist jedoch eine gänzlich andere: Sozialpolitik ist bestenfalls nachsorgende Korrektur und sekundäre Ergänzung kapitalistischer Wirtschaftspolitik. Das ist auch das Wesen der "sozialen Marktwirtschaft". Eine Orientierung auf den Sozialstaat bedeutete dagegen nicht einfach die Gleichwertigkeit von Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern ein prinzipiell anderes Herangehen: Mit seiner gesamten Politik, einschließlich der Wirtschafts- und Währungspolitik, würden der Staat und die Europäische Union auf eine (neue, zeitgemäße und nachhaltige) Vollbeschäftigung, sozialen Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit, soziale Gleichheit und soziale Sicherheit und eine solidarische Entwicklung der Europäischen Union verpflichtet. Letzten Endes wäre damit auch eine wesentlich stärkere binnenmarktorientierte Entwicklung der EU verlangt, die wirtschaftspolitisch bei weitem aussichtsreicher als die Lissabonstrategie wäre.

12.

Damit schließt sich - für mich - der Kreis: Wer in Deutschland oder Frankreich um die Neugewinnung des Sozialstaats kämpft, muss die europäische Integration als entscheidenden Raum dieses Kampfes berücksichtigen und annehmen. Wer das Projekt der europäischen Integration nicht aufgeben will, muss und kann es nur in der Perspektive einer europäischen Sozialunion finden. Ohne eine grundlegend veränderte europäische Wirtschaftspolitik statt der „New Economy“ des Lissabon-Prozesses wird das nicht erreichbar sein. Demokratisierung der Europäischen Union (auf die ich hier nicht eingehen

¹⁰ Siehe: André Brie: Europäische Sozialpolitik: Der Abriss des Sozialstaats. Geschichtliche Wurzeln und Verläufe. Aktuelle Entwicklung. Im Anhang: Acht Thesen zu einer Alternative aus linker Sicht (www.andrebrie.de).

¹¹ A. a. O.

kann), sozialer Zusammenhalt, soziale Sicherheit und ökologisch nachhaltige Entwicklung müssen ihre gesellschaftspolitischen Ziele und ihr integraler Bestandteil zugleich sein. Die Grundzüge des dafür erforderlichen komplexen Ansatz (policy mix) sind offenkundig:

- eine wirtschaftspolitische Kooperation zwischen der Europäischen Zentralbank, der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten und der Lohnpolitik,
- eine entspanntere Geldpolitik,
- eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik,
- eine binnenwirtschaftsorientierte Strategie für Nachhaltigkeit und sozial-ökologische Strukturreformen, die auf "eine weitgehende Dematerialisierung der europäischen Wirtschaft" gerichtet wären¹²,
- eine Haushaltspolitik, die öffentliche Investitionen, Forschung und Bildung sowie die Entwicklung der Humanressourcen stärkt,
- eine konsequente Gleichstellungspolitik,
- die reale Verpflichtung der EU auf die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, die unter anderem durch die Aufnahme der Arbeitslosenrate (mehr als zehn Prozent) in die Kriterien für die höchste Stufe der EU-Förderpolitik unterstützt werden kann,
- eine Sozialunion mit europäischen Mindeststandards für soziale Leistungen, Löhne und Unternehmenssteuern, die schrittweise in "Sozialpolitik-Korridoren"¹³ nach oben angenähert werden, sowie "quantitative und qualitative Vorgaben z. B. zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes, zum Mindestniveau einer armutsfesten sozialen Grundsicherung ..., zu einer EU-Mindestnorm für Mindestlöhne (z. B. 65 % des nationalen Durchschnittslohns), zur Überwindung der Wohnungslosigkeit oder des Analphabetentums vereinbart werden." (Klaus Dräger)

13.

Im Dezember 2001 setzten die Staats- und Regierungschefs der EU den Konvent zur Ausarbeitung der Verfassung mit der Erklärung ein: "Kurz, der Bürger verlangt ein klares, transparentes, wirksames, demokratisch bestimmtes gemeinschaftliches Konzept - ein Konzept, das Europa zu einem Leucht-

¹² Klaus Dräger: Visionen für ein neues Sozialsystem: Hat die Linke ein Projekt für Europa? Unveröffentlichtes Manuskript.

¹³ Vgl.: Klaus Busch: Das Korridormodell - ein Konzept zur Weiterentwicklung der EU-Sozialpolitik, *International politics and Society*, 2/1998. Vgl. auch: André Brie: Europäische Sozialpolitik. In: Cornelia Hildebrandt: *Perpektiven des Europäischen Sozialstaats*. Berlin: Dietz Verlag 2003, S. 13 – 87 (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte_52.pdf).

feuer werden lässt, das für die Zukunft der Welt richtungweisend sein kann, ein Konzept, das konkrete Ergebnisse zeitigt, in Gestalt von mehr Arbeitsplätzen, mehr Lebensqualität, weniger Kriminalität, eines leistungsfähigeren Bildungssystems und einer besseren Gesundheitsfürsorge. Es steht außer Frage, dass Europa sich dazu regenerieren und reformieren muss." Na also, sie wissen es doch eigentlich. Als Hochschullehrer hätte ich meinen Studenten unter eine entsprechende Arbeit geschrieben: "Versuch es noch einmal."